

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Alt Regierungschef Dr. Alexander Frick gestern in Schaan beigesetzt

Eine grosse Trauergemeinde nahm am Montag früh Abschied von einer aussergewöhnlichen und entscheidenden Persönlichkeit der Geschichte unseres Landes

In seiner Heimatgemeinde Schaan, in der er tief verwurzelt war, ist am Montag vormittag Fürstlicher Rat Dr. h.c. Alexander Frick unter grosser Anteilnahme der Bevölkerung zur letzten irdischen Ruhestätte gebettet worden. Alt Regierungschef und alt Landtagspräsident Alexander Frick, einer der prägendsten Politiker unseres Landes in der Nachkriegszeit, war am letzten Donnerstag in seinem 82. Lebensjahr an den Folgen eines Unfalles verstorben, den er auf seinem täglichen Spaziergang erlitten hatte. Unter den Trauergästen, die dem Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Laurentius und der anschließenden Bestattung auf dem St.-Laurentius-Friedhof beiwohnten, befanden sich auch S.D. Fürst Hans-Adam II., I.D. Fürstin Marie, die Mitglieder der Regierung und des Landtags und zahlreiche weitere Vertreter des öffentlichen Lebens.

Den Trauergottesdienst für den Verstorbenen zelebrierte Dekan Hans Baumann, Pfarrer von Schaan, gemeinsam mit den beiden alt Dekanen Franz Näscher und Engelbert Bucher sowie den Pfarrern Don Maurizio Ipprio und Edgar Hasler. Der Schaaner Laurentius-Chor und die Musikerfamilie Josef und Helga Frommelt mit den Kindern Clarissa und Stefan (Violine, Flöte und Orgel) sorgten für die gesangliche und musikalische Umrahmung der Trauerfeier.

Regierungschef-Stellvertreter Dr.



Unter grosser Anteilnahme der Bevölkerung ist gestern vormittag Fürstlicher Rat und alt Regierungschef Dr. h.c. Alexander Frick auf dem St.-Laurentius-Friedhof in Schaan beigesetzt worden.

Herbert Wille, der den trauernden Hinterbliebenen im Namen der Regierung die aufrichtige Anteilnahme aussprach, würdigte in seiner Trauerrede die Persönlichkeit von Alexander Frick in ihrem Werdegang parallel zum Geschick und Aufbau unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg, wobei er insbesondere den Politiker und Menschen Alexander Frick ansprach, der in vielen Bereichen seine Zeichen gesetzt habe. Dr. Herbert Wille wörtlich:

«Alexander Frick gehört der Generation an, die geprägt worden ist vom Widerstand gegen den Totalitarismus nationalsozialistischer Form. Aus den Erkenntnissen mit dem diktatorischen Druck heraus, hat er sein politisches Credo geformt. Er war einer der prägendsten Politiker unseres Landes, eine massgebliche Gestalt der Nachkriegszeit, des Beginns des wirtschaftlichen Aufschwungs unseres Landes. Eindrücklich ist die kräftige Wirkung,

die dem staatlichen Gemeinwesen zugekam und weiterhin kommt. Er hat als Regierungschef Massstäbe gesetzt».

Er sei sicher, so Dr. Wille abschliessend, dass der Verstorbenen in den Herzen der Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen als Regierungschef weiterleben werde, der durch seine Menschlichkeit, seinen Gerechtigkeitsinn und sein soziales Mitgefühl wie auch seine vornehme Gesinnung überzeugt habe.

Für den Historischen Verein, dem der Verstorbene seit 1935 angehörte (von 1945 bis 1981 als Vorstandsmitglied), sprach an der Trauerfeier dessen Präsident Dr. Alois Ospelt, der insbesondere das wissenschaftliche Schaffen Alexander Fricks würdigte. Die Beschäftigung mit Landeskunde sei für den Verstorbenen nicht wissenschaftlicher Selbstzweck und Liebhaberei gewesen, jedoch zeitlebens Grundlage und Voraussetzung seines politischen Wirkens. «Sie entsprang», so Dr. Alois Ospelt, «seiner Begeisterung für jenen winzigen Flecken auf dem Globus namens Liechtenstein, seiner Liebe zu seiner wirklichen, einzigen Heimat, wie er noch gegen Ende seiner politischen Laufbahn bekannt hat». Für die «Bergheimat» und das Jahrbuch des Historischen Vereins hat Alexander Frick über 60 Beiträge verfasst, und auf überaus grosses Interesse stiessen auch seine rund 130 Aufsätze zur Mundartforschung, die im VOLKSBLATT erschienen sind.

Während der Beisetzung entbot die Pfadfindergilde Liechtensteins dem Verstorbenen einen letzten Fahnengruss. Die Pfadfinderschaft, die von Alexander Frick vor 60 Jahren ins Leben gerufen wurde, wird ihrem Gründer im Dezember an der Führerinnen- und Führerversammlung noch gesondert gedenken.

(Näheres zur Trauerfeier auf den Seiten 3 und 4 der heutigen Ausgabe.)

## Betragslimiten für das fakultative Finanzreferendum erhöhen?

Regierung unterbreitete Landtag Vorschlag zur Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes – Keine Nachtragskredite für unbedeutende Überschreitungen

(G.M.) – Keine grundlegende Änderung, aber doch ein paar Anpassungen enthält die Vorlage der Regierung über das Finanzhaushaltsgesetz, die der Landtag in der Sitzung vom Mittwoch und Donnerstag erstmals in Behandlung ziehen wird. Der Vorschlag der Regierung sieht eine Anhebung der Betragslimiten für das fakultative Finanzreferendum, Änderungen in bezug auf die Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen und den Verzicht auf die Einholung von Nachtragskrediten für unbedeutende Kreditüberschreitungen vor.

Dass die Vorlage der Regierung über die Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes gerade zu einem Zeitpunkt erfolgt, in dem vermehrt über die «angespannte Finanzlage des Staates» nach einem ausgabenbefreudigen Jahrzehnt gesprochen wird, dürfte mehr oder weniger Zufall sein. Versprochen war die Anpassung des Finanzhaushaltsgesetzes schon seit längerer Zeit, womit sich das Vorgehen nicht wesentlich von den sonst üblichen Gepflogenheiten unterscheidet, wonach zwischen Absichtserklärung und tatsächlicher Ausführung ein erheblicher Zeitraum klappt. Als Erklärung für die Verzögerung führt die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag an, dass sich «die Erstattung des Gutachtens infolge anderweitiger Beanspruchung des beauftragten Experten» verzögert habe, die Regierung erst anfangs Juni 1991 in den Besitz der Empfehlungen des Sachverständigen bekommen sei.

### Fakultatives Finanzreferendum

Schwerpunkt der Vorlage, der gleichzeitig auch in der Öffentlichkeit am meisten Beachtung finden wird, stellt die Erhöhung der verfassungsrechtlich festgelegten Limiten für das Finanzreferendum dar. Gemäss Verfassung existiert in unserem Land das fakultative Finanzreferendum, wonach jede «einmalige Ausgabe von 50 000 Fr. oder eine jährliche Neuausgabe von 20 000 Fr.» der Volksabstimmung unterliegt, sofern der Landtag eine Abstimmung beschliesst oder Unterschriften dagegen gesammelt werden und der Landtag den Finanzbeschluss als nicht dringlich erklärt hat. Diese Limiten, die 1947 eingeführt wurden und nach An-

gaben der Regierung seither unverändert geblieben sind, erachtet die Regierung als nicht mehr ganz zeitgemäss und anpassungswürdig. Sie schlägt deshalb die Anhebung dieser Limiten auf das Zehnfache vor, also für einmalige Mehrausgaben eine Summe von 500 000 Fr. und für wiederkehrende Neuausgaben 200 000 Fr.

### Keine Schmälerung der Mitsprache

Mit der vorgeschlagenen Erhöhung der referendumspflichtigen Finanzbeschlüsse für neue und wiederkehrende Ausgaben wird keineswegs beabsichtigt, schreibt die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag, die Mitspracherechte des Volkes zu schmälern. Vielmehr bezwecke die Änderung eine «mässige Anpassung der relevanten Limiten an die geänderte Kaufkraft des Geldes zur Sicherstellung einer zeitgerechten Erledigung der übertragene Aufgaben.» An anderer Stelle führt die Regierung freilich aus, dass «mit der Erhöhung der betragsmässigen Referen-

dumsgrenzen automatisch eine Einengung der Mitspracherechte des Volkes verbunden» sei. Doch würden auf der anderen Seite auch die freien Handlungsspielräume der Volksvertretung mit sinkender Geldwertentwicklung und steigendem Haushaltvolumen spürbar eingeschränkt, wenn die Betragslimiten für das Finanzreferendum über Jahrzehnte unverändert bleibe. Die von der Regierung zur Erläuterung dieses Standpunktes erstellten Rechenbeispiele nehmen sich beachtlich aus und werden zweifellos die Volksvertreter überzeugen: Die Lebenshaltungskosten sind im Zeitraum von 1948 bis 1990 um 250 Prozent gestiegen, die Konsumentenpreise erhöht sich im gleichen Zeitraum um das 3,5fache, die Baukosten zeigen gar einen Anstieg um 340 Prozent. Auch eine andere Berechnung erscheint einleuchtend: Die staatlichen Gesamtausgaben beliefen sich 1950 – bei Umrechnung auf das heutige Rechnungsmodell auf 4,3 Mio. Fr. Im vergangenen Jahr erhöhten sie sich auf

405 Mio. Fr. – beinahe ein Anstieg um das Hundertfache.

Im Zuge der Anpassung der Referendumslimiten schlägt die Regierung dem Landtag auch einige Präzisierungen im geltenden Finanzhaushaltsgesetz vor. Insbesondere soll eine Bestimmung über den Begriff der «gebundenen», also nicht referendumspflichtigen Ausgaben vorgenommen werden. Diese Begriffsdefinition erlaubt es nach Ansicht der Regierung, die verfassungsmässigen Begriffe der «einmaligen neuen Ausgabe» und der «jährlichen Neuausgabe» genau auszuliegen, was für die Entscheidung über die Unterstellung von Finanzbeschlüssen unter das fakultative Finanzreferendum eine unentbehrliche Hilfe darstelle. Als gebundene Ausgaben werden Aufwendungen definiert, die durch ein Gesetz vorgeschrieben, die Folge eines von den Stimmbürgern genehmigten Erlasses oder zur Erfüllung der gesetzlichen Verwaltungsaufgaben unbedingt erforderlich sind.

## Baker reist nach China

Madrid (AP) Der amerikanische Ausssenminister James Baker wird noch in diesem Monat nach China reisen. Baker sagte vor Journalisten in Madrid, wo er an der Nahost-Friedenskonferenz teilgenommen hatte, es gebe «wirkliche Probleme» zwischen der Regierung in Peking und Washington. Man könne aber nicht erwarten, dass diese Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt würden, wenn man nicht darüber spreche.

## Grossangriff auf Vukovar

Zagreb/Brüssel (AP) Nach zweimonatiger Belagerung sind die serbisch geführten Streitkräfte vor Vukovar am Montag zum Grossangriff auf die kroatische Grenzstadt an der Donau übergegangen. Nach Mitteilung des Verteidigungsministeriums in Zagreb wurde die Stadt mit Panzern und schwerer Artillerie beschossen, während Maschinen der jugoslawischen Luftwaffe im Tiefflug über die Stadt donnerten. Die Belgrader Nachrichtenagentur Tanjug sprach von einer Schlussoffensive bis zur Kapitulation der kroatischen Verteidiger. In Brüssel berieten die Ausssenminister der Europäischen Gemeinschaft über Sanktionen gegen Serbien und die Belgrader Bundesregierung.

Aus Bunkerstellungen in Vukovar berichteten kroatische Regierungsbeamte: «Es ist schrecklich. Jede Sekunde hören wir eine Detonation.» Tanjug zufolge tobten 200 Meter vom Stadtzentrum entfernt heftige Strassenkämpfe.

**heizölRIESER**  
Neugürt 989  
9496 Balzers  
**preisgünstig**  
**zuverlässig**  
**regelmässig**  
(075) 4 16 90  
Heizöl... am liebsten vom Rieser!

## Österreichs Verkehrsminister kommt zu Besuch

Referat im Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC) zum Thema Transitverkehr

Am Donnerstag weilt der österreichische Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Streicher, als Gast des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs (LPC) in unserem Land. Dr. Rudolf Streicher machte zuletzt im Zusammenhang mit dem Transitabkommen zwischen Österreich und der EG, im Vorfeld der EWR-Verhandlungen, positiv von sich reden. Die Problematik des europäischen Transitverkehrs wird auch das Thema eines Referates sein, das er am Donnerstagabend im Rahmen einer LPC-Veranstaltung hält.

Der 52jährige Dr. Rudolf Streicher gehört der österreichischen Bundesregierung seit 1986 an. Vorher war er u.a. Leiter der Abteilung Forschung und Technik in der österreichischen Industrie-Verwaltungs AG sowie Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Steyr Daimler Puch AG.



Der österreichische Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Dipl.-Ing. Rudolf Streicher, weilt am Donnerstag als Gast des LPC in Liechtenstein.

Bundesminister Rudolf Streicher wird am Donnerstag vormittag auf dem Flughafen Altenrhein mit der Wien-Linie der Rheintalflug erwartet. Am Mittag findet im Parkhotel Sonnenhof, Vaduz, ein Essen statt, das der Vaduzer Bürgermeister für den hohen Gast gibt. Am Mittagessen werden voraussichtlich auch Regierungschef Hans Brunhart und Regierungsrat Wilfried Büchel teilnehmen.

Am Donnerstag nachmittag wird Bundesminister Dr. Streicher, der selbst führende Positionen in der österreichischen Automobilindustrie innehatte, die Presta in Eschen besichtigen. Anschliessend stehen erste Begegnungen mit internationalen Medienvertretern, ein Besuch der Landtagssitzung und ein Treffen mit Regierungschef Hans Brunhart auf dem Programm. Die Abendveranstaltung des LPC beginnt um 18.30 Uhr im Hotel-Restaurant Real.